Ökonomische und politische Zielkonflikte in der Gestaltung des kommunistischen Außenhandels: Autarkie und Pragmatismus in der Außenwirtschaftspolitik der Volksrepublik China

Von Sung-Jo Park, Bochum

Bei den in letzter Zeit zunehmend steigenden außenwirtschaftlichen Aktivitäten der Volksrepublik China (künftig: VR China) stellt sich die Frage, ob und in welchen Grenzen die VR China das einer kommunistischen Planwirtschaft immanente Autarkieprinzip aufgibt und externe Abhängigkeitsbeziehungen zulassen will. Der vorliegende Aufsatz soll aufzeigen, welchem Wandel die kommunistischen Außenhandelsprinzipien, insbesondere der VR China, unterliegen.

I.

Die kommunistische Planwirtschaft geht von einem anderen Begriffsinhalt und diesem zugrunde liegenden ideologisch-politischen Konzept aus als westliche kapitalistische Länder: Den Erfassungsrahmen des sozialistischen Volkseinkommenskonzeptes bilden einerseits produktive Wirtschaftszweige und andererseits der Binnenmarkt. Die Addition der materiellen Güter in allen Sachgüterproduktionsbereichen (Industrie, Landwirtschaft, Bauwirtschaft, etc.), Verkehrswesen, Telekommunikationssystem und im Groß- und Einzelhandel, soweit sie der Produktion dienen, wird als Volkseinkommen erfaßt[1]. Die rein materielle Begründung des Volkseinkommens hat theoretische Wurzeln in der marxistischen Gesellschaftsauffassung. Bert F. *Hoselitz* stellt, indem er den Zusammenhängen zwischen dem Sozialismus und dem Außenhandel nachgeht, fest, daß *Marx* und *Engels* sich mit einer Handelspolitik einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft nicht befaßt haben[2]. Karl *Marx* betrachtete den Außenhandel aus der Sicht des Kapitalismus

[1] Shigeru *Ishikawa:* National Income and Capital Formation in Mainland China. Tokyo 1965. S. 15 ff. — Rolf *Wagenführ:* Die Sowjetische Statistik. In: Werner *Markert* (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Köln, Graz 1965. S. 128 f.

[2] Bert F. *Hoselitz:* Socialism, Communism, and International Trade. Jl. Pol. Ec., Vol LVIX. (1949), S. 227.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und vertrat die Auffassung, daß mit der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktionsverhältnisse im Kapitalismus die Ausdehnung des Marktes einhergehe, wobei die kapitalistische Produktionsweise „ein historisches Mittel sei, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen"[3].

Für Karl *Marx* war der Außenhandel im Kapitalismus ein Ausdruck für den Kampf um den Mehrwert zwischen den Bourgeoisie-Klassen. Die internationale Arbeitsteilung unter dem Prinzip der komparativen Kostenvorteile beruhe lediglich auf dem Ziel, Unterschiede verschiedener im Entwicklungsstadium befindlicher Länder aufrechtzuerhalten, mit anderen Worten, das Ausbeutungsverhältnis zu perpetuieren[4].

Lenin sah im Außenhandel, der nach seiner Ansicht von Monopolkapitalisten abhängt, eine der essentiellen Determinanten für die ungleichgewichtige soziale und ökonomische Entwicklung. Nach *Lenin* sollte der Außenhandel funktional in die Staatsgewalt eingebaut werden, d. h. der Staat monopolisiert den Außenhandel, benutzt ihn als ein notwendiges außenpolitisches Instrument. Die staatliche Monopolisierung des Außenhandels sollte das eigene Land vor allem gegen Störungen schützen, die sich aus zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtungen ergäben[5]. So ist bei *Lenin* festzustellen, daß der sog. internationale Kommunismus dem Wesen nach die Außenhandelstheorie kaum beachtet hat. Eins ist jedoch *Marx* und *Lenin* gemeinsam, daß nämlich die ökonomischen Austauschverhältnisse in die a priori festgelegten Ausbeutungsverhältnisse zwischen reicheren und ärmeren Ländern hineinprojiziert wurden[6].

Der neue Staat in Rußland nach 1917 kam wegen seiner neuen marxistisch-leninistischen Revolutionskonzeption und vor allem wegen der hier implizierten These der „gewaltsamen Zerstörung der bestehenden Gesellschaftsordnung" alsbald in Konflikte mit anderen Ländern. Die westliche Skepsis (mit den westlichen gemeint sind hauptsächlich westeuropäische Staaten) gegenüber dem neuen Sowjetstaat[7], die sowjetische Ablehnung, die vom zaristischen Staat eingegangenen Kreditverpflichtungen gegenüber den westlichen Staaten zu begleichen, einerseits und das Ausbleiben proletarischer Revolutionen in anderen Ländern andererseits zwangen Rußland zum Umformulieren seiner Revolu-

---

[3] Karl *Marx:* Zur Kritik der politischen Ökonomie. Karl *Marx,* Friedrich *Engels:* Ges. Werke. 25. Bd. Berlin 1961. S. 260.

[4] Vgl. Peter J. D. *Wiles:* Communist International Economics. Oxford 1968. S. 530 f.

[5] *Hoselitz:* Socialism, S. 228 f. — *Ders.:* Socialist Planning and International Economic Relations. Am. Ec. Rev., Vol. XXXIII (1943), S. 839 ff.

[6] Josef *Wilczynski:* The Theory of Comparative Costs and Centrally Planned Economies. Ec. Jl., Vol. LXXV (1965), S. 67.

[7] Diese ‚westliche' Skepsis fand ihren Ausdruck z. B. in der Goldblockade Englands und Frankreichs gegenüber dem Sowjetstaat.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tionsstrategie. Sie mußte jetzt heißen, sich langfristig darauf einzustellen, die Existenz des ersten Sowjetstaates in der Konfrontation mit der übrigen, kapitalistischen Welt zu wahren. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit, eine nationale, eigene Wirtschaftseinheit aufzubauen[8].

Die stalinistische These der „kapitalistischen Umkreisung" Rußlands war eine wesentliche Grundlage für die Bildung der Grundkonzeption in der sowjetischen Entwicklungspolitik bzw. in der Gestaltung seiner Außenwirtschaftspolitik, nämlich möglichst bald eine selbstversorgende Wirtschaft (Autarkie) aufzubauen. Dieses Ziel wurde zur Lebensfrage des neuen Sowjetstaates: Er sollte sich von externen Einflüssen unabhängig machen und so verstärken, daß er imstande ist, Aktionen jeglicher Art von außen standzuhalten. Im ökonomischen Bereich entstehen Konsequenzen von erheblicher Bedeutung dadurch, daß Rußland sich möglichst rasch industrialisiert, den Außenhandel und damit die Notwendigkeit von internationalen Wirtschaftsbeziehungen überwindet. Weltwirtschaftliche Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg lieferten den Sowjets erneut den Beweis dafür, daß sowohl ihre Einkreisungsthese als auch ihr zentrales Plansystem ihre ideologischen und wirtschaftlichen Rechtfertigungen hatten. Ausgehend von der nach dem Zweiten Weltkrieg wiederauflebenden These der Einkreisung entwickelte *Stalin* die These der „Parallelität der zwei konkurrierenden Weltmärkte", nämlich eines kapitalistischen und eines kommunistischen Weltmarktes[9]. *Stalin* bezeichnete den Binnenmarkt als Existenzquelle der sozialistischen Wirtschaft und wies dem Außenhandel eine ergänzende Funktion zu.

Im Lehrbuch „Politische Ökonomie" heißt es: „Der Außenhandel dient im Sozialismus dazu, die wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft vollständiger zu befriedigen. Er ist eine zusätzliche Hilfsquelle, die der Entwicklung der Produktion und Verbesserung der Konsumgüterversorgung der Bevölkerung dient . . .[10]." Vorderhand und wesentlich ist, das Allokationsprinzip auf binnenwirtschaftliches Gleichgewicht abzustellen. Alle kurzfristigen Welfare-Aspekte bleiben unberücksichtigt: Der Steigerung des Volkseinkommens kommt die primäre Bedeutung zu[11].

Nach der Gründung des ersten Sowjetstaates bestand an der Außenhandelstheorie kaum Interesse in der sozialistischen Wirtschaft, die sich möglichst gegen die dem zwischenstaatlichen Handel immanenten politischen und ökonomischen Risiken abschirmte und ihr Handelsvolumen

---

[8] Theodor D. *Zotschew:* Die Außenwirtschaftlichen Verflechtungen der Sowjetunion. Tübingen 1969. S. 7 f.

[9] Vgl. Erich *Klinkmüller,* Maria-Elisabeth *Ruban:* Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten. Berlin 1960. S. 24 - 30.

[10] *Akademie der Wissenschaften der UdSSR* (Hrsg.): Politische Ökonomie (deutsche Übersetzung). 4. Aufl. Ostberlin 1955. S. 584.

[11] Hollis B. *Chenery:* Komparativer Kostenvorteil und Entwicklungspolitik. In: Bruno *Fritsch* (Hrsg.): Entwicklungsländer. Köln, Berlin 1968. S. 340 - 342.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„unter die durch die strukturellen Gegebenheiten gezogenen Grenzen vermindert"[12]. Sowjetische Ökonomen brachten bis zum Tod *Stalins* (1953) keine Veröffentlichungen über die Außenhandelstheorie heraus.

II.

Über die Theorie der Autarkie der sowjetischen Planwirtschaft bestehen verschiedene Meinungen. Eine zutreffende Differenzierung der Autarkie ist die in Autarkiebegabung und Autarkieneigung: Die erstere ist ein wirtschaftsstruktureller Begriff, der besagt, daß eine Volkswirtschaft mit einer größeren Landfläche und reichlich vorhandenen Ressourcen mehr autarkiebegabt ist als eine kleinräumige und rohstoffarme Volkswirtschaft. Hingegen ist die Autarkieneigung ein ordnungspolitischer Ausdruck. *Klinkmüller* sagt hierzu: „In der westlichen Außenwirtschaftstheorie ist die auf der strukturellen Autarkiebegabung der UdSSR beruhende unterdurchschnittliche Verflechtung ebenso lange als ordnungspolitisch begründete handelspolitische Autarkieneigung mißverstanden worden[13]." Jedoch muß betont werden, daß die Autarkiebegabung und die bewußt betriebene Autarkieneigung in Rußland zusammenkamen, zumal eine Volkswirtschaft mit größerer Autarkiebegabung und größerer Landfläche faktisch einen binnenwirtschaftlichen Integrationseffekt (d. h. einen großräumigen Markt) schafft, so daß die Außenhandelsquote erheblich niedriger ist. Daher ist nicht haltbar, die Autarkie mit einer möglichst niedrigen Außenhandelsquote gleichzusetzen.

Das Konzept der Autarkie bedarf einer weiteren Erklärung: Alan A. *Brown* und Egon *Neuberger*[14] schlagen eine Unterscheidung zwischen der ex-ante- und ex-post-Autarkie vor, wobei die ex-ante-Autarkie mit der Intention (Entscheidung) gleichgesetzt wird, in Zukunft eine höchstmögliche Selbstversorgung zu erreichen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Definition dahingehend geändert, daß der Außenhandel möglichst stark auf notwendige Importe reduziert wird. Die beiden Autoren stellen die These auf, daß die ex-ante-Autarkie für die UdSSR in den 30er Jahren und für die Volksrepublik China in den 50er Jahren gegolten hat. Die ex-post-Autarkie bedeutet das Gegenteil. Die sozialistischen Planwirtschaften sind nicht selbstversorgend, sondern gegenseitig immer mehr voneinander abhängig geworden. Die Importe vom Westen sind eher gestiegen. Indes entspricht es nicht der Realität, die außenwirt-

---

[12] Erich *Klinkmüller:* Organisation und Planung der Außenwirtschaft. In: *Markert* (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch. S. 496.

[13] Ebd.

[14] Alan A. *Brown,* Egon *Neuberger:* Foreign Trade of Centrally Planned Economies. An Introduction. In: Alan A. *Brown,* Egon *Neuberger* (Hrsg.): International Trade and Central Planning. Berkeley, Los Angeles 1968. S. 9 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaftliche Politik des zentralen Planungswirtschaftssystems im Sinne der Autarkie als Zielsetzung zu bewerten.

Seit dem Tod *Stalins* unterliegen die Kriterien für die Regelung und Beurteilung des Außenhandels in den Planwirtschaften einem allmählichen Wandel. In der ersten Phase zentraler Lenkung bestand eine absolute Einheitlichkeit der Kriterien. Die Rentabilität, der Nutzeffekt und das Prinzip der komparativen Kostenvorteile wurden kaum beachtet. Nur die ex-ante-Autarkie stand im Vordergrund der Diskussionen. Die ersten Diskussionen über den Nutzeffekt des Außenhandels im Sozialismus wurden vor allem durch den Effizienzkoeffizienten des Außenhandels von *Liska* und *Marias* eingeleitet. Indes hat sich die Analyse des Nutzeffektes des Außenhandels von der Methode des Preisausgleiches über die Kennziffern der Rangfolge in der DDR etc. bis zu ökonometrischen Diskussionen fortgesetzt, wobei generell festzustellen ist, daß die Messung der Export- und Importprofitabilität und die Optimierung des Außenhandels im Vordergrund stehen[15].

Der Anlaß zu solchen Diskussionen ergab sich aus der Erkenntnis, daß der COMECON (Rat für die Gegenseitige Wirtschaftshilfe) nicht effizient war und erst nach 1953 wiederauflebte mit dem Ziel, einen sozialistischen Großraummarkt zu gründen. *Pryor* erwähnte drei wesentliche Nachteile der bisherigen Autarkiepolitik, nämlich nicht-rentable Investitionsprojekte, Parallelinvestitionen in Ostblockstaaten und konstante Knappheit von Gütern und vor allem von Rohstoffen[16]. Eine sozialistische Wirtschaftsintegration unter der Führung der Sowjetunion hat die bisherige Autarkie-These dahingehend geändert, daß die internationale sozialistische Arbeitsteilung ein neuer und gemeinsamer Indikator für die Außenwirtschaftspolitik in Planwirtschaften werden sollte[17]. 1956 sagte *Chrustschov*, „ . . . Wir haben vor längerer Zeit gesprochen, daß eine bessere Wirtschaftskooperation zwischen unseren sozialistischen Ländern aufgebaut werden sollte. Es ist unmöglich, daß wir alles überall und zur gleichen Zeit aufgebaut haben . . . Ungarn, Polen, Rumänien und andere Länder haben bisher versucht, alles selbst aufzubauen. Das Problem unseres Landes ist allerdings nicht überall gleich, da die Industrien in der Sowjetunion für eine große Nachfrage arbeiten. *Dies gilt auch für die Volksrepublik China* . . .[18]." (Kursiv vom Verf.)

---

[15] Alfred *Zauberman:* The Criterion on Efficiency of Foreign Trade in Soviet-type Economies. Economica, Vol. XXXI (1964), No. 121, S. 5 - 12.

[16] Frederic L. *Pryor:* The Communist Foreign Trade System. London 1963. S. 28 - 31.
Lazar *Volin:* The Malenkov-Khrushov New Economic Policy. Jl. Pol. Ec., Vol. LXII (1954), S. 196.

[17] I. P. *Olejnik:* Grundlagen und wichtigste Merkmale des sozialistischen Weltwirtschaftssystems. In: Sozialistisches Weltwirtschaftssystem. 2. Bd. Ostberlin 1968. S. 16 f.

[18] Zitiert nach *Pryor:* S. 31.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hiermit wurde die Notwendigkeit der Handelsausweitung — beruhend auf der internationalen Arbeitsteilung — erkannt, die jedoch unter der économie dominante der Sowjetunion vollzogen werden sollte[19]. Diese sozialistische Integration ging von der Prämisse aus, daß die Sowjetunion nur bis zu einem beschränkten Grad in die COMECON-Integration eingegliedert wird, d. h. für sich eine partielle Integration in Anspruch nahm.

Bei der COMECON-Integration handelte es sich nicht um einen statischen, sondern einen dynamischen Versuch einer Wirtschaftsintegration, d. h. langfristige Produktions- und Investitionspläne aufeinander abzustimmen. Die traditionelle These der komparativen Kostenvorteile kann a priori in Planwirtschaften schwer anerkannt werden, da die auf den freien Marktmechanismus abgestimmte Proportionalität zwischen Preis und Realkosten nicht besteht, vielmehr die Planbehörde den Preis bestimmt: Der Produkt- und Faktormarkt kennt keinen Preis. Im übrigen besagt die Äquivalenz-These von Karl *Marx*, daß es zwischen Ländern Unterschiede hinsichtlich der Arbeitsintensität gibt. Je höher eine Volkswirtschaft entwickelt ist, desto höher ist in ihr die Arbeitsintensität. Daher ist klar zu erkennen, daß eine auf der traditionellen These der komparativen Kostenvorteile beruhende internationale Arbeitsteilung für die sozialistische Wirtschaftsintegration nicht diskutabel war.

III.

Dem Ersten 5-Jahresplan (1953 - 1957) in der Volksrepublik China lag die sowjetische Entwicklungskonzeption bzw. die sowjetische Wirtschaftsintegration zugrunde, mit anderen Worten, ging die Entwicklungspolitik der Volksrepublik China Anfang der 50er Jahre von einer von vornherein fixierten sozialistischen Integrationsvorstellung unter der sowjetischen Hegemonie aus[20]. Bereits vor der Gründung der Volksrepublik China (1949) haben verschiedene Stellungnahmen im Lager des chinesischen Kommunismus deutlich gemacht, daß die künftige Gestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen der Volksrepublik China die wesentlichen Züge der sowjetischen Außenwirtschaftspolitik annehmen würden. Die chinesischen Kommunisten unter der Führung *Mao* Tse-tungs machten vor 1949 folgende Grundsätze zu ihren grundlegenden Verhaltensmaximen in der künftigen Außenwirtschaftspolitik: Schutz der Unabhängigkeit, der Freiheit und Integrität Chinas (bzw.

[19] Vgl. Lutz *Köllner:* Koordination versus Subordination. Politisch-ökonomische Integration in West und Ost. Offene Welt, 1961, No. 74, S. 488 - 90.

[20] Die ideologische und entwicklungspolitische Abhängigkeit der VRCh von der UdSSR (in den 50er Jahren) wird in der berühmten Rede *Mao* Tse-tungs auf der Lushan-Konferenz vom 23. Juli 1959 scharf kritisiert. (Selections from China Mainland Magazines. Supplement No. 21).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eines Landes); nach Prüfung der von Kuomintang vereinbarten Abkommen wird die VRCh entweder sie genehmigen oder annulieren oder revidieren oder neu abschließen; gegenseitige Respektierung der Gleichheit, des gegenseitigen Nutzens und der territorialen Souveränität; Aufnahme der Handelsbeziehungen mit ausländischen Regierungen und Ausländern aufgrund der Gleichheit und des Prinzips des gegenseitigen Nutzens. Diese Grundsätze bekräftigte *Mao* Tse-tung in seiner Rede anläßlich der offiziellen Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 erneut, wobei er ausdrücklich die Freundschaft mit der UdSSR und mit sozialistischen Ländern im gemeinsamen Kampf gegen die Imperialisten betonte. Diese Grundsätze fanden ihren konkreten Ausdruck in den sog. „Fünf Grundprinzipien der Außenwirtschaftsbeziehungen" der VR China: gegenseitige Hilfe, Zusammenarbeit, Gleichheit, gegenseitiger Nutzen und gegenseitige Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die ökonomische Unabhängigkeit, die im Vordergrund der genannten Prinzipien steht, soll ein Land vor dem Eindringen des Auslandskapitals, vor dem Einfluß der kapitalistischen Wirtschaftsinteressen und der Anarchie des kapitalistischen Marktes bewahren. Ferner wird im Außenhandel eindeutig ein außenpolitisches Instrument gesehen, das der Kooperation der VR China mit anderen sozialistischen Ländern dient, mit deren Hilfe die Wirtschaftsentwicklung unterstützt werden kann. Die letztgenannte Funktion des Außenhandels wird im bereits zitierten Buch, ‚Politische Ökonomie' wie folgt konkretisiert: „ . . . Von der Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderbestehens der beiden Systeme, des sozialistischen und des kapitalistischen Systems ausgehend, sieht der Sowjetstaat in der Erweiterung der Außenhandelsbeziehungen eines der wichtigsten Mittel zur Annäherung der Völker, zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Festigung des Friedens[21]."

Die Stärkung der ökonomischen Unabhängigkeit, der Souveränität und der Schutz der inländischen Industrie sowie der Landwirtschaft vor der Wirtschaftsaggression der Imperialisten wurden somit zum Grundprinzip der chinesischen Autarkiepolitik. Der frühere Außenhandelsminister Chi-chuang *Yeh* unterstrich die chinesische Autarkiepolitik wie folgt: „Die Volksrepublik China vertritt die Auffassung, daß jedes Land, das ein Handelspartner ist, das andere Land mit notwendigen Gütern beliefert und das kauft, was er braucht und sich leisten kann. China zwingt niemanden, mit unerwünschten Gütern Geschäfte zu machen, oder mit solchen, die aus inländischen Quellen versorgt werden können[22]."

[21] Politische Ökonomie: S. 584.

[22] Chi-chuang *Yeh:* China's Economic Relations with Asian and African Countries: Progress and Prospects. People's China, No. 6 (1956), S. 13. Zu bemerken wäre die Tatsache, daß die VRCh fast ausschließlich in den 50er Jahren englischsprachige Fachliteratur und Fachzeitschriften veröffentlicht hat. Das umfassendste Statistik-Buch ‚Ten Great Years' (in englischer Ausgabe) erschien 1960.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In diesem Autarkie-Prinzip ist impliziert die Notwendigkeit, in der Volksrepublik China möglichst rasch eine sozialistische Industrialisierung zu vollziehen, die der VR China eine integrierte Industriestruktur ermöglicht[23]. In der integrierten Industriestruktur soll eine Selbstversorgung mit wichtigen und notwendigen schwerindustriellen Gütern erreicht werden[24].

Das Konzept der integrierten Industriestruktur ist mit dem Prinzip der komparativen Kostenvorteile nicht vereinbar. Zur sozialistischen Industrialisierung werden ohne Kostenkalkulationen notwendige Rohstoffe und Investitionsgüter importiert. Die Exporte bestehen nur für die Importe (Prinzip der Importpriorität). Bei der Erreichung der Autarkie auf der Grundlage der sozialistischen Industrialisierung, d. h. der Schwerindustrie wird allerdings ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Investition und dem Konsum vorausgesetzt. Robert F. *Dernberger* erklärt den Grad der Selbstversorgung anhand der Wechselbeziehungen zwischen den Importen und den Investitionen bzw. der Inlandsproduktion. Die Nachfrageelastizität für die Importe wird immer kleiner, wenn das Investitionsvolumen ständig um die gleiche Zuwachsrate und somit der Grad der Selbstversorgung steigt[25]. Damit erhebt sich die Frage, wie groß die Investitionskapazität, wie hoch das technologische Niveau ist und welche Allokationsprinzipien für die Prioritätsprojekte mit hoher technologischer Intensität festgelegt werden.

In der Volksrepublik China wird die Bilanz zwischen der Inlandsnachfrage und den Exporten in einem proportionierten Verhältnis vorgenommen. Dieses Verhältnis (genannt angemessene Quote) wird auf etwa 4 % der gesamten Agrar- und Industrieproduktion geschätzt[26]. Außer einigen Gütern, wie Nahrungsmittel, Pflanzenöl, etc., für welche eine Exporteinschränkung vorliegt, ist diese Quote für alle Güter außerordentlich flexibel. Yün *Ch'en* meinte zwar, daß es entwicklungspolitisch richtig wäre, für eine Industrialisierung Agrarprodukte zu exportieren und dafür Investitionsgüter zu importieren, jedoch könne die Inlandsnachfrage erst dann befriedigt werden, wenn die Exportquote sichergestellt worden sei[27]. Exporte von Gütern, die für die Lebenshaltung entschei-

[23] En-lai *Tschou:* Report on the Recommendation of the Second Five Year Plan of National Economic Development. Hsin-hua pan yüeh-kan, No. 20 (1956), S. 39 f.

[24] Fu-ch'un *Li:* Bericht über den Ersten Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Volksrepublik China von 1953 bis 1957. Ostberlin 1956. S. 27 - 28.

[25] Robert F. *Dernberger:* Prospects for Trade between China and the United States. In: Alexander *Eckstein* (Hrsg.): China Trade Prospects and U.S. Policy. NewYork, Washington, London 1971. S. 226 - 227.

[26] *Liang* Wen: China's Foreign Trade: Its Growth and Some Basic Principles. Peking Review (22. September 1959).

[27] Yün *Ch'en:* Bridging the Gap between Supply and Demand. People's China, No. 4, 1954, S. 4.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dend wichtig und im Inland nicht in ausreichenden Mengen vorhanden sind, müssen stark eingeschränkt werden. Nach Chi-chuang *Yeh* gibt es eine dritte Kategorie für die Güter, die keinen Einfluß auf den chinesischen Inlandsmarkt haben, so daß sie ohne weiteres exportiert werden können. Wenn die Auslandsnachfrage nach diesen Gütern gesättigt ist, dann kann der Rest auf dem Inlandsmarkt abgesetzt werden[28].

Ein weiteres Argument für die Exporteinschränkung ist, daß wichtige chinesische Güter nicht in die Hände der Imperialisten gelangen sollten[29]. Hinzu kommt die strenge Importsubstitutionspolitik, d. h. die Güter, die in der Volksrepublik China produziert werden können, oder die Substitute, die im Inland verfügbar sind, sollten nicht importiert werden.

Aus vielen Quellen wird deutlich, daß die VRCh bis etwa 1957/58 zu einer konsequenten Durchführung der Importeinschränkung, d. h. zu einer Beschränkung der Importe auf notwendige Investitionsgüter, hauptsächlich die Exporte von Agrar- und Bergbauprodukten vorantrieb. Zur Förderung dieser Exporte hat die chinesische Regierung im Jahre 1954 eine Austauschtabelle von chinesischen Agrarprodukten gegen ausländische Kapitalgüter herausgegeben. Z. B. wurde auf dieser Tabelle angeführt, in welchem Verhältnis Reis gegen Düngemittel, Traktoren, Lastwagen etc. im Außenhandel ausgetauscht werden kann[30].

IV.

Die einseitige ideologische und ökonomische Orientierung der Volksrepublik China am sozialistischen Block und vor allem an der UdSSR wurde vom Zeitpunkt 1957/58 an (d. h. mit dem Beginn des Zweiten Fünfjahresplanes) in zunehmendem Maße abgeschwächt. Die politische und ökonomische Abwendung der VR China vom Einfluß der UdSSR wurde immer deutlicher mit der Reflektion der führenden Politiker in China über die Rolle der UdSSR im Prozeß der sozialistischen Industrialisierung unter dem Ersten Fünfjahresplan (1953 - 1967), der von der sowjetischen Entwicklungsstrategie ausging. Die Ergebnisse des Ersten Fünfjahresplanes waren u. a. die Überinvestitionen im Industriesektor (vor allem im Schwerindustriesektor) mit der Konsequenz der nicht vollen Kapazitätsauslastungen und die große ländliche Arbeitslosigkeit.

---

[28] Dwight W. *Perkins:* The International Impact on Chinese Central Planning. In: *Brown, Neuberger* (Hrsg.): International Trade, S. 195.

[29] Pei-hsi *Yang:* A Brief Investigation into the Nature of the Possibility of People's Currency. Chinese Economic Studies. Vol. 1 (1968), No. 3, S. 61. (Das Original erschien in ching-chi yen-chiu,, No. 1. 1965).

[30] Ta Kung *Pao* (6. November 1955): Ein Beispiel sei hier angeführt:
Reis 1 t gegen Düngemittel 2,5 t
Reis 37 t gegen Traktor 1 Stck.
Reis 27 t gegen Lastwagen mit einem Gewicht von 6 t 1 Stck.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mao ging mit der UdSSR hart ins Gericht auf der Lushan-Konferenz vom 23. Juli 1959: „Bis 1958 waren meine Bemühungen der Revolution gewidmet. Ich war ein Laie im bauwirtschaftlichen Gebiet und hatte keine Ahnung über Industrieplanung ...", „ ... in Vergangenheit lag die Verantwortung bei anderen, aber die Hauptverantwortung im Jahre 1958 und 1959 liegt nunmehr bei mir ..."[31]. Die aus dem genannten Reflektionsprozeß resultierenden Konsequenzen sind u. a. die Neuformulierung der Entwicklungsstrategie vor allem ausgerichtet auf die Beseitigung der ländlichen Arbeitslosigkeit, den relativen Abbau der industriellen Überinvestitionen und die Betonung der Massenkampagne sowie der lokalen Initiativen und Entwicklung[32]. Außenwirtschaftlich war die Umstrukturierung der bisherigen Handelspartner die wichtigste Folge. Die westlichen kapitalistischen Länder sollten im chinesischen Außenhandel zunehmend an Bedeutung erlangen und an die Stelle der UdSSR und der sozialistischen Länder treten.

Der bereits zitierte Außenhandelsminister war der Ansicht, daß die VR China zwar bisher hauptsächlich von der UdSSR komplette Industrieanlagen importiert habe, in Zukunft jedoch von westlichen Staaten importieren wolle, da in der VR China eine überaus große Nachfrage nach Metallprodukten und Maschinen, Petroöl, Kraftfahrzeugen, Schiffen etc. bestehe[33]. Der 8. Kongreß der Kommunistischen Partei Chinas im September 1962 beschloß sogar, Investitionsgüter mit hoher Priorität in zunehmendem Maße aus westlichen kapitalistischen Ländern zu importieren[34]. Ming *Chen* sagte z. B. zur Technologie aus westlichen Ländern: „In der früheren Zeit haben chinesische Industrien enge Beziehungen zu westlichen Industrien gehabt. Produkte einiger Großunternehmungen aus westlichen Ländern sind in China wohl bekannt. Immer noch werden die von früher gelieferten Industrieanlagen und Transporteinrichtungen in China benutzt. Der überwiegende Teil der Techniker im alten China hat eine westliche Ausbildung genossen. Zum wirtschaftlichen Aufbau werden wir bestimmt auf die westliche Technologie und Einrichtungen nicht verzichten ...[35]." Insbesondere die Qualität und das technologische Niveau der Güter aus westlichen kapitalistischen Ländern wird hervorgehoben. Ferner war der ‚ungerechte' Wechselkurs zwischen

---

[31] Selections from China Mainland Magazines. Supplement No. 21. S. 16.

[32] Alexander *Eckstein:* The Strategy of Economic Development in Communist China. Am. Ec. Rev. Papers and Proceedings. Vol. 51 (1961), S. 508 - 517.

[33] Chi-chuang *Yeh:* Wei fa-chan kuo-chi cheng-ch'ang mao-i erl nu-li (Anstrengungen zur normalen Außenhandelsentwicklung). In: Tui-wai mao-i lun-wen-hsüan (Ausgewählte Aufsätze zum Außenhandel). 2. Bd. Peking 1958. S. 11.

[34] Vgl. Robert L. *Price:* International Trade of Communist China 1950 bis 1965. In: *Joint Economic Committee of the US Congress* (Hrsg.): An Economic Profile of Mainland China. New York, Washington, London 1968. S. 585.

[35] Ming *Chen:* The Embargo Totters. People's China, No. 14 (1956), S. 12 - 15.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rubel und Yüan scharf kritisiert. *Mao* Tse-tung warf der UdSSR vor, daß diese die Chinesen in bezug auf den Wechselkurs ungerecht behandelt habe und im Grunde ein Kapitalist und ein Monopolist sei[36].

Unter der Betonung des gegenseitigen Nutzens und der Respektierung der Gleichheit zwischen Handelspartnern als Außenhandelsprinzipien der VR China hat diese zudem besonders die Handelsbeziehungen mit Entwicklungsländern auf der Grundlage des Prinzips der komparativen Kostenvorteile intensiviert. Diese Tatsache geht aus der Analyse *Lin* Hai-yuns über die Außenhandelsentwicklung bis 1965 klar hervor: „Während der ersten Jahre nach der Gründung der VR China bestanden unsere Exporte nach asiatischen und afrikanischen Ländern vornehmlich aus Getreide, Nahrungsmitteln, Tee, Rohseide ... und anderen leichtindustriellen Erzeugnissen. In den letzten Jahren hat sich diese Exportstruktur so verändert, daß nunmehr chemische Produkte, Maschinen, ... etc. auf der Exportliste stehen. Wir (die Volksrepublik China, vom Verf.) haben einige Länder in Asien und Afrika mit Industrieausrüstungen, die in China produziert sind, beliefert ...[37]."

Folgende Aufstellung läßt die regionale Akzentverschiebung des Außenhandels der VR China zugunsten der nichtkommunistischen Länder deutlich erkennen:

Entwicklung des Handels der VR China mit kommunistischen und nichtkommunistischen Ländern (1950 - 1970, in %)

	Exporte		*Importe*	
	kommunistische Länder (K)	nicht-kommunistische Länder (NK)	(K)	(NK)
1950	30,3	69,7	44,9	55,1
1955	68,6	31,4	76,8	23,2
1960	66,2	33,8	65,8	34,2
1965	32,7	67,3	28,2	71,8
1970	25,0	75,0	16,4	83,6

(Daten sind vom Verf. zusammengestellt und berechnet)

[36] Peking Review (28. Mai 1968, 27. November 1964).

[37] Hai-yun *Lin:* China's Growing Foreign Trade. Peking Review (22. Januar 1965).

Zur theoretischen Auseinandersetzung mit dem Prinzip des komparativen Kostenvorteiles im Außenhandel der VRCh sei auf folgende Studien hingewiesen: Shigeru *Ishikawa:* Strategy of Foreign Trade under Planned Economic Development — with special reference to China's Experience. Hitotsubashi Jl. Ec., Vol. 5 (1962), No. 2, S. 32 ff. — Pauline *Lewin:* The Foreign Trade of Communist China. New York, London 1964. S. 25 ff. — Feng-wha *Mah:* The Foreign Trade of Mainland China. Chicago 1971. — Robert F. *Dernberger:* Prices, the Exchange Rate, and Economic Efficiency in the Foreign Trade of

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Als wichtiger Trend der chinesischen Außenwirtschaftsbeziehungen seit 1957/58 ist also anzusehen, daß die VR China ihre Handelsbeziehungen mit den westlichen kapitalistischen Ländern und Entwicklungsländern nicht nur zunehmend expandiert, sondern auch je nach dem Partnerland unterschiedliche politische und außenwirtschaftliche Zielsetzungen verfolgt. C. F. *Remer* vermochte nachzuweisen, daß die Außenwirtschaftsbeziehungen der VR China generell zur Dritten Welt und hinsichtlich der westlichen Embargopolitik mehr mit politischen Motiven, hingegen aber mit bestimmten Handelspartnern, wie z. B. Hong Kong, der BRD etc., mehr mit handelspolitischen Interessen verknüpft ist[38]. Dabei gibt es eine Reihe von Handelspartnern für die VR China, bei denen politische Motive und handelspolitische Interessen schwer voneinander getrennt werden können. Trotz des sog. Prinzips der Nichttrennung zwischen Politik und Wirtschaft (cheng-chi ho-i), das die VR China zur Verbesserung der Beziehungen zwischen ihr und Japan dem japanischen Grundsatz Trennung zwischen Politik und Wirtschaft entgegenstellte, ist klar festzustellen, daß *kein kausaler Zusammenhang* zwischen der *Steigerung des Handelsverkehrs* und *politischer Anerkennung* besteht. Die Außenhandelspraxis der VR China bestätigt eher die Tatsache, daß sie das Prinzip der Trennung zwischen Politik und Wirtschaft verfolgt. Unter den 7 westlichen „kapitalistischen" Ländern, die zusammen bis 1969 mehr als 60 % des chinesischen Außenhandelsvolumens ausmachten, war kein einziges Land zu finden, das die VR China anerkannt hatte. Die genannten 7 Länder sind Japan, die BRD, Kanada, Australien, Singapur, Italien und Malaysia[39].

Diese pragmatische Haltung der VR China zum Außenhandel hat sich nach der Beendigung der Proletarischen Kulturrevolution und im Zusammenhang mit der Durchführung des Vierten Fünfjahresplanes (1971 bis 1975) zunehmend verstärkt. Ein deutlicher Indikator dafür ist die Tatsache, daß sich die Kantoner Messe in letzter Zeit zu einem wichtigen Platz der Konkurrenz zwischen westlichen Industrienationen entwickelt hat, während die Bedeutung der kommunistischen Länder auf dieser Messe kaum erwähnenswert ist. *Mao* Tse-tung sagte im Jahre 1971 zur Trennung zwischen Handel und Politik sogar folgendes: "Some

---

Communist China. In: *Brown, Neuberger* (Hrsg.): S. 227 - 240. — Sung-Jo *Park* u. Detlef *Kokulinsky:* Die Entwicklungshilfe als ein außenpolitisches Instrument der Volksrepublik China. Motivationen, Leistungskapazität und Merkmale der Entwicklungshilfepolitik. Z. f. d. ges. Staatsw., 129. Bd. (1973), S. 559 - 572.

[38] Charles Frederik *Remer:* The External Economic Relations of Communist China. In: Symposium on Economic and Social Problems of the Far East. London 1964. S. 107. — Ferner: Vgl. Sung-Jo *Park:* Der Handel zwischen China und Japan. Eine wirtschaftliche Entwicklung mit politischen Hintergründen. Eur. Arch., 11. Folge (1973), S. 391 - 398.

[39] Vgl. *Far Eastern Economic Review* (Hrsg.): 1972 Yearbook. S. 335.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

people regard Soviet Union's trade with Germany which is based on the Soviet-German Commercial Agreement, as an act of participation in the war on the German side. This view ... is wrong, for it confuses trade with participation in war[40]."

Ein weiteres Merkmal der pragmatischen Außenhandelspraxis der VR China ist die Abweichung von dem Prinzip, daß nämlich langfristige Handelsvereinbarungen nur mit sozialistischen Ländern (im Rahmen der sog. sozialistischen Kooperation) und mit kapitalistischen Ländern kurzfristige Handelsvereinbarungen getroffen werden. Der Grund dafür war der, daß die kapitalistischen „Imperialisten" ihre Kolonien und Entwicklungsländer zu fixiertem und niedrigerem Preis durch langfristige Handelsvereinbarungen weiter ausweiten und die daraus resultierenden Ausbeutungsverhältnisse perpetuieren würden[41]. Dieser Grundsatz wurde bereits Anfang der 60er Jahre aufgegeben. Z. B. hat die VR China im Jahre 1962 mit Japan ein Fünfjahreshandelsabkommen (1963 - 1967) abgeschlossen. Ferner werden Kreditabkommen zwischen der VR China und Entwicklungsländern fast ausschließlich auf langfristiger Basis abgeschlossen. Die starke Zunahme der Exporte von Industrieanlagen nach der VR China durch einige westliche Industrienationen (seit 1962/63) ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß diese der VR China *langfristige* Exportkredite gewähren.

Zusammenfassung / Summary

Autarkie und Pragmatismus in der Außenwirtschaftspolitik der Volksrepublik China

Das einer kommunistischen Planwirtschaft immanente Autarkieprinzip hinsichtlich der Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen rührt vom marxistischen Konzept des gesamtgesellschaftlichen Produktes her. Marx und Lenin betrachteten den Außenhandel als einen Ausdruck für die Perpetuierung der ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse zwischen reicheren und ärmeren Ländern. Stalins These der ‚kapitalistischen Einkreisung des Sowjetstaates' und der ‚Parallelität der zwei konkurrierenden Weltmärkte' begründete und verstärkte die auf die Erreichung des binnenwirtschaftlichen Gleichgewichts ausgerichtete Autarkiepolitik und führte dazu, daß dem Außenhandel volkswirtschaftlich gesehen lediglich eine Ergänzungsfunktion zugewiesen wurde. Ein essentieller Wandel der kommunistischen Außenwirtschaftsprinzipien war der Versuch der UdSSR zur Bildung einer ‚sozialistischen Wirtschaftsintegration' unter sowjetischer Führung.

Die Ausgangsposition der Volksrepublik China (VRCh) nach 1949 war dadurch gekennzeichnet, daß die VRCh in die sowjetisch geführte sozialistische Wirtschaftsintegration hineinkorporiert und ihr die sowjetische Entwick-

[40] China Trade Report. Vol. IX. (1971), No. 1, S. 6.
[41] Ke-chuan *Ting:* Long-Term Trade Agreements. Peking Review (15. Juli 1958).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lungsstrategie mit dem Hauptakzent auf die Schwerindustrie für den Ersten 5-Jahresplan (1952 - 1957) aufgezwungen wurde. Dieser Erste 5-Jahresplan, verbunden mit einer Überbetonung des Aufbaus einer selbstversorgenden Schwerindustrie und der strengen Einhaltung des Prinzips der Importpriorität unter völligem Verzicht auf den komparativen Kostenvorteil, brachte keine befriedigenden Ergebnisse (Überinvestitionen im schwerindustriellen Bereich, starke ländliche Arbeitslosigkeit etc.), was zur Neuformulierung der entwicklungspolitischen Prioritätsfolge Landwirtschaft — Leichtindustrie — Schwerindustrie für den Zweiten 5-Jahresplan (1958 - 1962) führte. Damit vollzog sich Ende der 50er Jahre die ökonomische und politische Abwendung der VRCh vom sowjetischen Einfluß. Einhergehend damit zeichnete sich zunehmend eine pragmatische Haltung in der Außenwirtschaftspolitik der VRCh ab, die durch eine rapide Zunahme der Importe von Industrieanlagen und Investitionsgütern aus westlichen kapitalistischen Ländern und eine Ausweitung der Handelsbeziehungen zu Entwicklungsländern — auch unter bewußter Ausnutzung des komparativen Kostenvorteiles — charakterisiert war.

Die VRCh begann, politische Zielsetzungen mit Handelsinteressen sehr flexibel zu verknüpfen. Die allgemeine Annahme eines kausalen Zusammenhangs zwischen der Handelsbeziehung und politischer Anerkennung wurde widerlegt durch die Tatsache, daß die wichtigsten Handelspartner der VRCh, die bis 1969 etwa 60 % des chinesischen Außenhandels ausmachten, zu ihr keine offiziellen diplomatischen Beziehungen hatten. Das Prinzip der Nichttrennung zwischen Politik und Wirtschaft hat nunmehr der pragmatischen Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen Platz gemacht.

Dieser Pragmatismus hat sich nach der Beendigung der Großen Proletarischen Kulturrevolution (1969) und im Zusammenhang mit dem gegenwärtig laufenden Vierten 5-Jahresplan zunehmend verstärkt (z. B. durch die starke Akzentuierung der Kantoner Messe, Abhaltung der Handelsmessen im Ausland, Abschluß langfristiger Handelsvereinbarungen auf der Basis von Exportkrediten etc.).

Trotz des steigenden Trends zur pragmatischen außenwirtschaftlichen Haltung der VRCh wäre es jedoch irrig anzunehmen, daß sie von heute auf morgen das Autarkieprinzip gänzlich aufgeben würde. Aus diesem Grunde muß darauf hingewiesen werden, daß vor allem durch das grundsätzliche Festhalten der VRCh an der Autarkiepolitik der optimistisch einzuschätzenden Ausweitung des China-Handels Grenzen gesetzt sind.

Autarky and Pragmatism in the Foreign Trade Policy of the People's Republic of China

The concept of autarky derived from the marxian view of social product has been changing. Until the end of the First Five-Year Plan (1957) the People's Republic of China (PRC) had to accept the Soviet development and foreign trade strategy by strictly following a socialist bloc policy. The Second Five-Year Plan (1958 - 62) was launched at the same time with PRC's economic and political detachment from the Soviet Hegemony. Since then an increasing trend toward a pragmatic foreign trade behavior is striking, in particular, by exploiting the comparative cost advantages to a certain extent. Concluding, however, that the PRC will abandon the principle of autarky is premature.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.93.5.587 | Generated on 2024-04-23 10:57:45
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/